

JANUAR/FEBRUAR

Metaller wählen

Die Unterländer Metaller wählen Anfang 2008 162 Delegierte. Sie bilden die Delegiertenversammlung (früher Vertreterversammlung) und damit das höchste Organ der Gewerkschaft im Bereich der IG Metall-Verwaltungsstelle Heilbronn-Neckarsulm. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Die konstituierende Sitzung ist am 22. April in der Neckarsulmer Ballei. Dort werden unter anderem die Bevollmächtigten, der Ortsvorstand sowie die Mitglieder der Tarifkommissionen gewählt.

Weitere Informationen zur Wahl gibt es bei den IG Metall-Vertrauensleuten in den Betrieben oder im Neckarsulmer IG Metall-Büro.



Rund 200 Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall demonstrierten Ende November vor dem Firmengebäude der Kaco Gerätetechnik für die Gründung eines Betriebsrats.

UNTERLÄNDER BEIM GEWERKSCHAFTSTAG DER IG METALL

»Wir müssen uns einmischen«

Die Unterländer Metallerinnen und Metaller sind auch innerhalb der IG Metall ein Faktor. An der Diskussion beim jüngsten Gewerkschaftstag in Leipzig haben sie sich mit mehreren Wortbeiträgen beteiligt. Hier eine Zusammenfassung aus Sicht der Delegierten des Württembergischen Unterlands.

Die IG Metall dürfe sich nicht auf Betriebs- und Tarifpolitik beschränken, erklärte **Rudolf Luz**. Sie müsse sich, sagte der Erste Bevollmächtigte aus Neckarsulm, »in die Gesellschafts-, Sozial-, Bildungs- und auch in die Friedenspolitik einmischen«. Ein politischer Streik könne dazu durchaus ein angemessenes Mittel sein. Luz erinnerte in diesem Zusammenhang an die jüngsten Arbeitsniederlegungen gegen die Verlängerung des Renteneintrittalters auf 67 Jahre. Der politische Streik könne jedoch im Gegensatz zum Streik bei Tarifaufeinanderzwingungen kein ökonomischer Erzwingungsstreik sein. Als Alltagswaffe sei er deshalb

untauglich. Diese Auffassung bestütigte der Gewerkschaftstag.

Werner G. Schrott, der Zweite Bevollmächtigte im Unterland, betonte in seinem Redebeitrag die Ablehnung der Kernenergie. Die nach wie vor völlig ungeklärte Entsorgung des Atommülls dürfe man nicht den Folgegenerationen überlassen. Auch auf die Frage nach der Verhinderung terroristischer Angriffe gäbe es keine Antwort. Im übrigen verwies Schrott auf die große Zahl von Arbeitsplätzen, die im Bereich der Gewinnung regenerativer Energien entstehen, vor allem bei der Windkraft. Der Gewerkschaftstag folgte auch seiner Beschlussempfehlung.

Das gleiche gilt für die Tarifpolitik. Schrott setzte sich für die Möglichkeit ein, bei Verhandlungen über abweichende Tarifverträge in Notsituationen auch über verlängerte Arbeitszeiten verhandeln zu dürfen, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Er verwies auf erfolgreiche Beispiele aus

dem Unterland. Klar müsse aber auch »die Rückkehr zum Flächentarif ohne Einschränkung« sein.

Nicht durchsetzen konnten sich die Kollegen, die eine scharfe Trennung zwischen Abgeordnetenmandat und hauptamtlicher Tätigkeit bei der IG Metall forderten. Der Neckarsulmer Delegierte **Heinz Eyer (Audi)** fragte, »wie kann man zwei Ämter ausüben, von de-

nen jedes einzelne schon oft an die Grenze geht« und erhielt dabei viel Beifall. Außerdem stehe der Betroffene »manchmal im Zwiespalt zwischen Partei und IG Metall«. Eyer verwies in diesem Zusammenhang auf die Abstimmung zur Rente mit 67, bei der auch Abgeordnete, die der IG Metall angehören, für die Verlängerung des Rentenalters votiert hatten. »Zwar hat der Gewerkschaftstag die Anträge abgelehnt«, sagt Heinz Eyer, doch der Vorstand habe das Problem erkannt. Und **Berthold Huber**, der neue Vorsitzende der IG Metall, habe zugesichert, das Thema aufzugreifen und die bestehende Richtlinie möglicherweise zu präzisieren. ■

IMPRESSUM

IG Metall Heilbronn-Neckarsulm, Salinenstraße 9, 74172 Neckarsulm, Telefon 0 71 32 - 93 81-0, Fax 0 71 32 - 93 81-30, neckarsulm@igmetall.de, Redaktion: Rudolf Luz (verantwortlich), Werner G. Schrott

UNTERLÄNDER ANTRÄGE

Alternative Strategien

Zwei Anträge haben Unterländer Metaller beim Gewerkschaftstag eingebracht. Der zur **Industriepolitik** ist mit leichten Änderungen angenommen worden. Darin heißt es, dass die IG Metall ihre industriepolitischen Vorstellungen »unter Einbeziehung der Beschäftigten« präzisieren und besser mit der Betriebspolitik verknüpfen müsse. Denn gerade in der betrieblichen Auseinandersetzung um Produktionsstandorte sei dies »zur Darstellung alternativer Strategien erforderlich«.

Den Antrag zu einer **Bildungspolitik**, »die allen Menschen gleiche Chancen gibt«, hat der Beirat der IG Metall beschlossen, der sich mit den Anträgen befassen musste, die in Leipzig aus zeitlichen Gründen nicht mehr behandelt werden konnten.